



## BESCHLUSS

### **BürgerInnen bewegen - Demokratie erneuern**

Das Hauptziel der Bürgerbewegung der DDR und der Wendezeit, von denen viele GründerInnen und Mitglieder von BÜNDNIS 90 und der Ost-GRÜNEN wurden, war die Abschaffung jeder Bevormundung und Unterdrückung. So hieß es im Gründungsauf Ruf des Neuen Forums vom 10. September 1989, den innerhalb kürzester Zeit zweihunderttausend Menschen unterschrieben: „Wir wollen freie, selbstbewusste Menschen sein, die doch gemeinschaftsbewusst handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen.“ –. Die Menschen wollten nicht länger Unfreiheit, ideologiebestimmte Politik und die Zerstörung ihrer Heimat hinnehmen. Der Wunsch nach Beachtung der Menschen- und Freiheitsrechte sowie der Kampf gegen Umweltzerstörung schlimmsten Ausmaßes waren Motor ihres Engagements. Sie waren bereit, zu handeln, Verantwortung zu übernehmen und hatten große Hoffnungen auf positive Veränderung ihres Lebens und ihres Landes.

Die Möglichkeit demokratischer Mitgestaltung mobilisierte viele Menschen. Die Ökumenische Versammlung, Runde Tische, als Versammlungsorte auch die Kirchen und Umwelt- und Friedensbibliotheken – waren Orte, an denen Demokratie ein- und ausgeübt wurde. Demokratie wurde als „öffentlicher Dialog“ und eine „politische Plattform für alle“ verstanden. Jede und jeder sollte sich einbringen und mitgestalten. Ein großer Konsens war das Ziel, denn Lösungen sollten miteinander und nicht gegeneinander gefunden werden. Auch in dieser Tradition stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

In dieser Tradition demokratischer Betätigung stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir sehen uns gemeinsam mit den Schwachen unserer heutigen Gesellschaft, ob dies zum Beispiel die sozial Benachteiligten, die Kinder oder die ZuwanderInnen sind. Gerade auch deshalb betonen wir, dass Demokratie nicht von allein und automatisch gelingen kann. Sie braucht soziale Teilhabe und eine dauerhafte Befähigung aller Menschen in unserem Land.

Einer der ersten und großen Verdienste der Demokratiebewegung war die Auflösung der Staatssicherheit. Es bleibt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wichtig, dass mit der Aufarbeitung der DDR-Staatssicherheit die Allgegenwärtigkeit und Zerstörungskraft des Geheimdienstes

## 25. Landesparteitag

13. Juni 2009 in Stendal



dokumentiert und das Wissen über sie an die neuen Generationen weitergegeben wird. Die Bundesbehörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik leistet dazu einen unverzichtbaren Beitrag. Diese Geschichte bleibt für uns eine Mahnung, dass Geheimdienste demokratisch legitimiert und kontrolliert werden müssen.

Die Chance einer verfassungsrechtlichen Neubestimmung in Deutschland nach Artikel 146 Grundgesetz (alte Fassung) wurde in der Wende nicht genutzt. Die Wahlen vom 18. März 1990 zeigten ein deutliches Signal zugunsten einer raschen Wiedervereinigung, die Bürgerbewegung hatte in der Bevölkerung keinen hinreichenden Rückhalt mehr. Der Verfassungsentwurf einer Arbeitsgruppe des Zentralen Runden Tisches gelangte nicht mehr zur öffentlichen Diskussion. Für ein Aufgreifen und Weiterentwickeln demokratischer Ansätze der Bürgerbewegung fand sich im vereinigten Deutschland keine Mehrheit.

Demokratie, so wie sie heute bei uns gestaltet wird, erscheint aktuell oft seelenlos, nicht immer stehen ausreichende Informationen für eine vernünftige Entscheidung zur Verfügung und der aufrechte Gang scheint bisweilen von Technokratie abgelöst. Um für Demokratie zu begeistern, müssen die Menschen hinschauen wollen und können. Demokratie ist nicht einfach, weil es eben keine auf Konsens angelegte Veranstaltung ist und auch in vielen Fällen nicht sein kann. Einmischen braucht eine rationale, aber auch eine menschliche Basis.

### Demokratie heute

Einmischen hat in Sachsen-Anhalt Tradition. Doch zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution befindet sich die Demokratie in unserem Bundesland genau wie im Rest der Republik in einer Akzeptanzkrise, die von vielen sogar als systemische Krise erfahren wird. Bei vielen Menschen schwindet die Akzeptanz dafür, dass demokratisch organisierte Prozesse zur Lösung ihrer Probleme beitragen. Diese Entwicklung ist für das demokratische System existenzbedrohend. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb gemeinsam mit den BürgerInnen Möglichkeiten erarbeiten, um demokratische Prozesse bürgerInnennäher auszugestalten.

In den letzten Jahren haben viele potenzielle EinmischerInnen unser Land verlassen. Dies betrifft insbesondere junge, gut ausgebildete Frauen. Sie stehen hier für die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft nicht mehr zur Verfügung. Die Beteiligung der BürgerInnen an demokratischen Prozessen ist rückläufig. Dies zeigt besonders der Blick auf die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen. Lediglich an Bundestagswahlen nehmen

## 25. Landesparteitag

13. Juni 2009 in Stendal



regelmäßig gut zwei Drittel der wahlberechtigten Sachsen-AnhalterInnen teil. Bei allen anderen Wahlen sind dramatisch Rückgänge zu beobachten. So nahmen 2006 nur noch knapp 45 Prozent der Wahlberechtigten die Möglichkeit wahr, den sachsen-anhaltischen Landtag zu wählen. Und zur Kommunalwahl 2007 wollten gerade einmal ein Drittel der BürgerInnen mitentscheiden, wer zukünftig in ihren Kreistagen sitzt. Landräte/LandrätInnen wurden in machen Landkreisen zuletzt von unter zwanzig Prozent der Wahlberechtigten bestimmt. Selbstkritisch müssen wir feststellen, dass auch wir – trotz unserer politischer Alternativangebote zu den anderen Parteien – die Wählerinnen und Wähler nicht zum Gang an die Urnen motivieren konnten.

Die demokratischen Parteien in Sachsen-Anhalt kämpfen seit Jahren mit teilweise drastischem Mitgliederschwund. Nur noch wenige Sachsen-AnhalterInnen bringen den Parteien Vertrauen entgegen, noch weniger engagieren sich in ihnen. Andererseits bemerken wir, dass mehr Menschen sich in Bürgerinitiativen als Teil von neuen sozialen und politischen Bewegungen einbringen. Sei es gegen die Verlängerung der Bundesautobahn 14 in der Altmark, gigantische Schweinemastanlagen an vielen Orten im Land oder gegen nächtlichen Fluglärm in der Umgebung des Flughafens Leipzig-Halle.

In Befragungen wie dem Sachsen-Anhalt Monitor 2007 zeigt sich, dass die BürgerInnen unseres Landes die Demokratie als Staatsform nur eingeschränkt unterstützen. Hier wirkt auch eine fehlende demokratische Praxis bedingt durch die Erfahrungen zweier unterschiedlicher Diktaturen nach. Zwar bekennen sich hier 80 Prozent der Befragten zur Demokratie als bester Staatsform, knapp die Hälfte von ihnen sind jedoch nur schwach davon überzeugt. Gleichzeitig bekunden 57 Prozent ihre Unzufriedenheit über den Zustand der Demokratie im Land und stellen damit auch den politischen EntscheidungsträgerInnen eine insgesamt niederschmetternde Leistungsbilanz aus. Seit der letzten vergleichbaren Untersuchung haben fast alle demokratischen Institutionen (staatliche Organe, Medien, Kirchen, zivilgesellschaftliche Institutionen etc.) massiv an Vertrauen verloren. Gleichzeitig haben viele Sachsen-AnhalterInnen ein eingeschränktes Bild der Demokratie und einer pluralistischen Gesellschaft vor Augen: 40 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass „Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung (...) dem Allgemeinwohl (schaden).“ Zwei Drittel finden, dass es „(...) Aufgabe der politischen Opposition ist (...), die Regierung in ihrer Arbeit zu unterstützen und deren Entscheidungen mitzutragen. Auch sprechen sich knapp 60 Prozent der BürgerInnen gegen Streiks und Demonstrationen aus, wenn damit die öffentliche Ordnung gefährdet ist. Hier zeigt sich ein weit verbreitetes Unwohlsein, gesellschaftliche Konflikte auszuhalten und konstruktive Formen der Konfliktregelung zu erproben, die für eine

## **25. Landesparteitag**

13. Juni 2009 in Stendal



lebendige demokratische Gesellschaft unerlässlich sind. Dies geht mit einer gehäuften Zustimmung zu Diktatur und ausgeprägter Ausländerfeindlichkeit einher, wie Untersuchungen beispielsweise der Leipziger Forscher Oliver Decker und Elmar Brähler zeigen.

Wir müssen feststellen, dass Demokratie in Sachsen-Anhalt momentan nicht breit gelebt wird. Dies macht es Rechtsextremisten leicht, die in ihrer antidemokratischen Praxis an Haltungen in der Mehrheitsbevölkerung anknüpfen können und – beispielsweise in ihrem Hass auf MigrantInnen – auf schweigende Unterstützung von nennenswerten Teilen der Bevölkerung hoffen können.

### **Grüne Antworten auf die Akzeptanzkrise der Demokratie**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erfüllen die Forschungsergebnisse zu den Einstellungen der BürgerInnen unseres Bundeslands mit Sorge. Wir wollen uns mit breiter Demokratieverdrossenheit und weit verbreiteter Ablehnung von Minderheiten nicht abfinden. Um der Demokratieverdrossenheit begegnen zu können, braucht es eine verlässliche Datengrundlage. Der erstmalig im Jahr 2007 durchgeführte Sachsen-Anhalt-Monitor ist nach dem Vorbild Thüringens durch die Landesregierung zukünftig jährlich in Auftrag zu geben und zusätzlich auch für kleinere regionale Gebiete zu entwickeln.

Dass Konflikte ausgetragen werden müssen und dass konstruktiver Umgang mit ihnen unerlässlich ist, ist eine Erkenntnis, die nicht automatisch wächst. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt sehen Schule und andere Bildungseinrichtungen als zentrale Orte, um Demokratie schon im Kindesalter zu erlernen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Schule ein, die SchülerInnen durch Anerkennung, Beteiligung und gelebte Demokratie zu aktiven demokratischen und toleranten MitbürgerInnen erzieht.

### **Selbstkritik der Politik**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen vielfältige Ursachen für die verbreitete Parteien- und die damit einhergehende Demokratieverdrossenheit. Viele BürgerInnen haben offenbar den Eindruck, in unserer Gesellschaft grundsätzlich nichts oder nur sehr wenig bewegen zu können. Sie fühlen sich von demokratischer Teilhabe ausgeschlossen. Politik ist für sie etwas, das „von denen da oben“ gemacht und dass nicht mitgestaltet werden kann.

## 25. Landesparteitag

13. Juni 2009 in Stendal



Dieser Zustand ist zum Teil von PolitikerInnen selber verursacht. So hat sich eine Wahrnehmung entwickelt, sie stünden moralisch und faktisch über dem „normalen Volk“. An diesem Anspruch gemessen, kann die Alltagsarbeit vor Ort und können PolitikerInnen als Menschen nur scheitern. Die Medien verstärken diese Wahrnehmung noch. Auch bündnisgrüne PolitikerInnen können diesen überhöhten Ansprüchen nicht immer genügen und tragen damit zu Enttäuschungen bei.

Eine weitere Ursache für Desinteresse liegt darin, dass die eigentlich politische Arbeit, nämlich das Austragen von politischen Konflikten in Politik und Medien selbst zu selten als etwas Positives dargestellt wird. Die Wahrnehmung „Die streiten nur“ oder gar „Die sind sich ja selbst nicht einig“ zeugt von einem weit verbreiteten Missverständnis. Die Auseinandersetzung über politische Inhalte und Personalien wird gleichgesetzt mit politischer Handlungsunfähigkeit. Natürlich gibt es in der Politik – wie in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens – auch unproduktiven Zank, der zu Recht kritisiert werden kann. In der Praxis wird aber zumeist jeder politische Streit als negativ dargestellt. PolitikerInnen beteiligen sich an dieser Darstellung häufig selbst, in dem sie den Streit beim politischen Gegner schmähen. Dem stellen wir eine Kultur der Anerkennung gegenüber. Wer sich um das Austragen von politischen Konflikten bemüht, sollte dafür die Anerkennung aller gesellschaftlichen Akteure bekommen, nicht zuletzt die Anerkennung der PolitikerInnen selbst. Dies gilt – im Rahmen des Grundgesetzes – unabhängig vom Inhalt des Gesagten und Geschriebenen.

Der heutigen Wahrnehmung von Politik wollen wir die Alternative der Beteiligung und Einmischung in der Tradition der GründerInnen des BÜNDNIS 90 entgegensetzen. Wir wollen die Möglichkeiten schaffen, damit Hinschauen und Einmischen besser möglich wird.

Neben Appellen an das Verhalten von Einzelnen brauchen wir eine Erneuerung der Demokratie auf den verschiedenen Ebenen – von der Kommune über das Land bis auf die europäische Ebene. Aber auch das Arbeitsleben, das Gesundheitswesen und andere gesellschaftliche Bereiche bedürfen der Demokratieverneuerung.

### **Kommunale Beteiligungsmöglichkeiten ausbauen**

Die Kommune ist die politische Ebene, auf der die BürgerInnen ihr Zusammenleben vor Ort gestalten. Dort wird Demokratie am intensivsten gelebt. Deshalb wollen wir Bündnisgrünen die Stellung der kommunalen Selbstverwaltung ausbauen und den Kommunen mehr Mitsprache bei der Gesetzgebung von Bund und Ländern geben.

## 25. Landesparteitag

13. Juni 2009 in Stendal



Kommunale Demokratie braucht die Stimme aller. Zentrales Mittel der Bürgerbeteiligung sind im repräsentativ organisierten politischen System der Bundesrepublik die Wahlen. In Sachsen-Anhalt leben zurzeit knapp zwei Prozent ZuwanderInnen. Diese müssen die gleichen Beteiligungsmöglichkeiten wie alle anderen hier lebenden BürgerInnen haben. Auch Nicht-EU-BürgerInnen müssen deshalb das kommunale Wahlrecht erhalten.

Mitbestimmung in der Kommune setzt deutlich verbesserte Informationsmöglichkeiten für alle BürgerInnen voraus. In zu vielen Kommunalverwaltungen werden BürgerInnen bis heute vor allem als lästige BittstellerInnen, nicht aber als notwendige EinmischerInnen behandelt, die Verantwortung für ihr direktes Lebensumfeld wahrnehmen. Hier braucht es einen Sinneswandel. In die Aus- und Fortbildung der kommunalen Angestellten und Beamten sind deshalb auch Reflexionsmöglichkeiten zur Wahrnehmung der eigenen Rolle zu integrieren.

In Zeiten von Internet und mobiler Kommunikation muss es selbstverständlich sein, dass die BürgerInnen ohne Hürden Zugang zu allen öffentlichen kommunalpolitischen Dokumenten bekommen. Amtsblätter, Aushänge und unübersichtliche Internetseiten genügen dem Anspruch einer bürgernahen Information nicht, die echte Beteiligung ermöglicht.

Nur sechs von 14 Landkreisen und kreisfreien Städten haben ein Internetbasiertes System, das BürgerInnen einzelne Dokumente der Kreistage/Stadträte zugänglich macht. All diesen Seiten ist gemeinsam, dass sie unübersichtlich sind. Bürgeranfragen an die kommunale Vertretung (und die dazugehörigen Antworten) werden nur in einem Landkreis veröffentlicht. Wir fordern die Kommunen im Land auf, barrierefreie und zur Beteiligung einladende Internetangebote zu entwickeln. Es reicht aber nicht, Informationen nur digital anzubieten. Die BürgerInnen haben einen Anspruch auf persönliche AnsprechpartnerInnen in der Verwaltung. Angesichts des demographischen Wandels brauchen wir hierfür neue Angebote wie zum Beispiel das „Landratsamt auf Rädern“. Auch haben die BürgerInnen ein Recht, Informationen in gedruckter Form zu erhalten, beispielsweise in der kommunalen Bibliothek.

Kommunalpolitik muss „zum Anfassen“ sein. BürgerInnen müssen wissen, für welches Thema welche/r KommunalpolitikerIn zuständig ist, sie müssen wissen, wer in welchem Ausschuss sitzt und wie ihre VertreterInnen abgestimmt haben. Dafür sind geeignete Informationsmöglichkeiten zu schaffen. Sicherzustellen ist auch, dass solche Informationen nicht unbegrenzt und dauerhaft im Internet zur Verfügung stehen, sondern nach einer angemessenen Frist verfallen.

## **25. Landesparteitag**

13. Juni 2009 in Stendal



Niemand soll ein Leben lang für alle seine jemals getroffenen Entscheidungen Rechenschaft ablegen müssen.

„Zum Anfassen“ müssen auch die Sitzungen der kommunalen Vertretungen sein. Übertragungen durch Bürgerfernsehsender, Offene Kanäle oder Regionale Fernsehsender unterstützen wir ausdrücklich und wollen wir mit einer gesetzlichen Grundlage dauerhaft ermöglichen.

Die Informationspflicht von Kommunen gegenüber ihren BürgerInnen wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausbauen. Wir wollen den BürgerInnen Instrumente an die Hand geben, die sie zu gleichberechtigten PartnerInnen bei der kommunalen Entscheidungsfindung machen. Zum Beispiel wurde in der zurückliegenden Novelle der Kommunalabgabenverordnung die Informationspflicht ausgehöhlt, weil Überprüfungen durch die BürgerInnen und Sanktionen in Form verringerter Abgaben entfielen. Es kann nicht sein, dass BürgerInnen zur Kasse gebeten werden, ohne ein Recht auf Mitbestimmung bei Baumaßnahmen zu haben.

BürgerInnen sollen frühzeitig und aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Dazu wollen wir neue Wege ausprobieren, z. B. in Form von Zukunftswerkstätten sowie einem Ausbau von Gemeinwesenarbeit.

Die Haushaltsberatungen sind das Kernstück von kommunaler Politikgestaltung. Wir wollen hier eine stärkere Mitbestimmung ermöglichen, indem z. B. in Bürgerhaushalten über Prioritätensetzungen durch die BürgerInnen selbst Einfluss genommen werden kann.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Hürden für direkt-demokratische Elemente auf der kommunalen Ebene absenken. Für ein Bürgerbegehren, das den Gemeinderat zur Befassung eines bestimmten Sachverhalts zwingt, sollen zukünftig die Unterschriften von fünf Prozent der Wahlberechtigten – unabhängig von der Zahl der EinwohnerInnen der Gemeinde – ausreichen. Das Quorum von 25 Prozent Zustimmung von allen Wahlberechtigten bei einem anschließenden Bürgerentscheid wollen wir ganz streichen.

### **Mehr Beteiligungsmöglichkeiten im Land schaffen**

Landespolitik wird von nicht einmal 50 Prozent der Sachsen-AnhalterInnen als für das eigene Leben relevant angesehen. Dabei wird auf der Landesebene über so wichtige Dinge wie Bildung, Infrastruktur und Erhalt

## 25. Landesparteitag

13. Juni 2009 in Stendal



der Natur entschieden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die BürgerInnen stärker in die landespolitischen Entscheidungsfindungen einbinden.

Die Internetplattform des Landes ist unübersichtlich und lädt weder zum Hingucken noch zum Einmischen ein. Wichtige Informationen sind nicht zu erschließen, Irrelevantes dominiert und Strukturen sind nur zu erahnen. Wir fordern ein barrierefreies Internetportal des Landes, das einen einfachen Zugang zu allen relevanten Informationen ermöglicht und echte Möglichkeiten zur Einflussnahme schafft.

Neue Medien bieten – gerade im kommunalen Bereich und auf Landesebene – neue Möglichkeiten des Mitbestimmens und Einmischens. Als Bündnisgrüne messen wir dem Datenschutz eine große Bedeutung zu. Wir fordern die Kommunen und das Land daher auf, bei ihren Internetangeboten sicherzustellen, dass keine Daten zum NutzerInnenverhalten gespeichert werden.

Das Informationszugangsgesetz des Landes ist ein erster Schritt, um BürgerInnen Zugang zu allen bei öffentlichen Stellen vorhandenen Akten und Informationsbeständen zu geben. In der Praxis wird das Gesetz noch zu wenig genutzt. Dies liegt auch daran, dass die Landesregierung dieses nicht offensiv genug bewirbt. Die Praxis kommunaler Verwaltungen zeigt außerdem, dass Auskünfte nur sehr restriktiv erteilt und BürgerInnen durch die Androhung von hohen Gebühren von Auskunftersuchen abgehalten werden. Das wollen wir ändern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen, dass die Sitzungen des sachsen-anhaltischen Landtags seit kurzem auch ins Internet übertragen werden.

Wir erkennen die Bemühungen der Landtagsfraktionen an, die Sitzungen des Parlaments diskussionsoffener (Stichwort „Heißer Stuhl“) und damit interessanter für die BürgerInnen zu gestalten. Diese Möglichkeiten wollen wir ausbauen. Wir denken hierbei auch an eine regelmäßige themenoffene Fragestunde, bei denen die Regierungsmitglieder anwesend sein müssen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass Ausschusssitzungen des Landtags zukünftig in der Regel öffentlich stattfinden. Auch die Protokolle dieser Sitzungen müssen dauerhaft einsehbar sein.

Demokratie braucht Einmischung jenseits von klassischen Wahlen. Wir wollen für die BürgerInnen mehr Möglichkeiten schaffen, um auf Landesebene mitzubestimmen. Für Landtag von Sachsen-Anhalt fordern wir – nach Vorbild des Deutschen Bundestages – die Einführung elektronischer Petitionen inklusive eines persönlichen Vortragsrechtes der PetentInnen bei entsprechender Unterstützung.



## **25. Landesparteitag**

13. Juni 2009 in Stendal



Direkt-demokratische Beteiligungselemente wie Volksinitiativen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind wichtige Bestandteile einer demokratisch verfassten Ordnung, die Menschen zum Mitmachen und Mitgestalten auffordern und damit die Bereitschaft fördern, sich an gesellschaftlichen Meinungsfindungsprozessen zu beteiligen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen erreichen, dass die Hürden für direkt-demokratische Elemente abgesenkt werden. Angesichts sinkender EinwohnerInnenzahlen wollen wir für Volksinitiativen (Benennung eines Themas, mit dem sich der Landtag befassen muss) zukünftig ein Quorum (Mindeststimmenzahl) von 20 000 (statt bisher 30 000) Wahlberechtigten setzen. Volksbegehren, bei denen dem Landtag ein konkreter Beschlussvorschlag vorgelegt wird, sollen zukünftig fünf (statt bisher elf) Prozent der Wahlberechtigten initiieren können. Für Volksentscheide (folgt einem Volksbegehren nach, sofern der Landtag dieses nicht unverändert aufgegriffen hat) fordern wir die Streichung des Quorums von 25 Prozent Zustimmung aller Wahlberechtigten.

### **Grünes Licht für Demokratie**

Mehr Demokratie in Sachsen-Anhalt ist machbar. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen seit ihrer Gründung für mehr Beteiligung und direkte Demokratie. Diesem Erbe sind wir verpflichtet. Der Ausbau demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler und Landesebene ist uns ein besonders wichtiges Anliegen. Als Bündnisgrüne werden wir uns mit unseren VertreterInnen in den Kommunen des Landes aktiv für den Ausbau demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten in Sachsen-Anhalt einsetzen.